

Zuchthaus

Luckau N.L.

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.:

5250

1 Js 13/65 (RSHA)



Günther Nickel  
Berlin 36



7591

(504()) 1 P K Ls 28.41(148.41)

Haft!

Strafsache

gegen den berufslosen Juden Josef Fischer, geboren am 18. Juni 1914 in Düsseldorf, zuletzt wohnhaft in Köln, Mariengartenstrasse 38, ~~zunehmend~~ zur Zeit in anderer Sache in Untersuchungshaft in der Haftanstalt Lingen/Ems, wegen Rassenschande.

Die 4. Strafkammer des Landgerichts in Berlin hat in der Sitzung vom 13. Dezember 1941 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen fortgesetzter Rassenschande in zwei Fällen unter Einbeziehung der in der Sache (503) Kup K Ls 142.40(299.40) durch Urteil des Landgerichts Berlin vom 3. April 1941 erkannten Zuchthausstrafe zu insgesamt 4 - vier-Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 - fünf-Jahren verurteilt.

Im übrigen bleiben die Nebenentscheidungen des Urteils vom 23. April 1941 bestehen.

Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt.

Das Urteil ist vollstreckbar. Die Revision des Angeklagten ist durch Beschluß des Reichsgerichts vom 2. Juli 1942, eingegangen beim Oberreichsanwalt am 2. Juli 1942 um 13 Uhr 30 Minuten verworfen.

Berlin, den 25. Juli 1942



*[Signature]*  
Justizinspektor

Urku ndsbe amter der Geschäftsstelle.

*Handwritten:*  
für die Abschrift vorgeb. zur  
Aufst. gem. Vorst. v. 11.6.40.  
Der Urteilsinhalt ist protokollos.  
B.C. 42.

V.  
1) für die Abschrift Kup K Ls. 142.40 up.  
2) 10.8.

Bed. 30.7.

zu 1) ab.

**Strafgefangenenlager I  
Börgermoor (Ems)**

Gfngb. Nr: 192/42 /  
(bei allen Schreiben anzugeben)

An  
den Herrn Generalstaatsanwalt  
in Berlin

Zum Aufnahmeersuchen vom 25.3. 1942, Geschäftszeichen: Kup.KLs 142/40

Der - Die Strafgef. Josef Fischer ist am - heute 19. Jan. für  
weiteren Strafverbüßung - von - in - das Zuchthaus Luckau  
- verlegt - verbracht - ausgeantwortet - hierher  
zurückgeführt worden -. (Nrn. 115 Abs. 4, 145 Abs. 3 VollzO).

J.H.  
Name: *Leiser*  
Verwaltungsführer - Inspektor - Sekretär



764

# Zuchthaus Ludwig N. L.

Eingeliefert — Gestellt

am 18. 8. 1942, 14<sup>30</sup> Uhr

von: Lagerst. Högemann

Vorstrafen usw.:

- ☒ Zuchthaus,
- ☒ Gefängnis,
- ☒ Haft,
- ☒ Geldstrafe,
- ☒ Sicherungsverwahrung,
- ☒ Arbeitshaus,
- ☒ Unterbringung in Heil- und Pflanzanstalt,
- ☒ Unterbringung in Ernterheilanstalt

Lehtmalig entlassen im Jahre:

in:

(Rufname)

(Familiennamen)

Fisch

Fischer

Gefangenenbuch-  
nummer:

287142

geb. am 18. 6. 1914 in Düsseldorf

bei: Herrn. Chausseur

Befehlsnachr.: N. Wohnung: Köln, Mariengartengasse 38

Zuletzt polizeilich gemeldet: nir. abm

Ruf- und gegebenenfalls Geburtsnamen des Ehegatten:

Zahl der Kinder: 1

Name und Wohnung des nächsten Angehörigen (Eltern, Ehegatte usw.):

Endr. Schirfischer, Indagast, Berlin

min



Geschäftszeichen	Straf- entschei- dung usw.	Straftat - Tatverdacht -	a) Art und soweit mög- lich Dauer bzw. Höchst- dauer der zu voll- streckenden Strafe, Maßregel der Sicherung u. Besserung oder sonstigen Freiheitsentziehung b) Anzurechnende Untersuchungshaft	Straf- oder Verwahrungszeit	
				Beginn Tag und Tageszeit	Ende Tag und Tageszeit
<u>L. N. L.</u>	<u>13.</u>	<u>Zufälliger 4 Jahr 2</u>			
<u>1 P. H. L.</u>	<u>12.</u>	<u>ni</u>	<u>- 6 Mon</u>	<u>Uhr</u>	<u>Uhr</u>
<u>28/41</u>	<u>41.</u>	<u>Raufschlag 5 Jahr 1 Jahr</u>		<u>Min.</u>	<u>Min.</u>
<u>14. 8. 42</u>		<u>Polizeilich</u>		<u>15. 8. 41</u>	<u>15. 6. 42</u>
<u>Zumwille fünf 10 Mon zu vollstrecken</u>				<u>8 Uhr</u>	<u>8 Uhr</u>
<u>Ein Haft auf Erziehung</u>				<u>50 Min.</u>	<u>50 Min.</u>

Aus

Aufnahmemitteilung

in 1 P. H. L. 28/41

an

Kriminalpolizei - teit - stelle

in Berlin N. W. 40

Die Entlassung wird nicht mehr angezeigt

J. N.:

Verwaltungs- Direktor - Sekretär

Arbeitsverwaltung Plözensee.



# Zuchthaus

Erdau N. S. den 14. Dezember 1942

Fernruf: ..... 264 ..... Anschluß: .....

Gfgeb. Nr: 287/42

(bei allen Schreiben anzugeben)

An  
Die Herren Landesverordneten d. Landtags

in Berlin N. W. 40

Zum Aufnahmeverfahren vom 14. 8. 1942, Geschäftszeichen: 1 P. K. Ls-28/41

1942

**Geschäftszeichen:**

A.P. K Ls - 28/44

Der - Die - Josef Fischer

infolge Kreisrunder Bewegung

ist am 14. September 1942

지리

auf N. O. d. h. v. Reichminister d. Justiz den - in des Herrn. Angelegenheit -

Lager Büschwitz bei Kattowitz

~~berlegt - verbraucht - ausgeantwortet - hierher~~

~~zurückgeführt worden - (Nrn. 115 Abs. 4, 145 Abs. 3 VollzD.).~~

J. A.

Lui Pringman.

Pa. No. 12. 42

Name: \_\_\_\_\_

~~Verwaltungs - inspektor - sekretar~~

Überrichter/vollziehender

Dolžn. A 19 Mitteilung vorübergehender Veränderung der Unterbringung.

(Arbeitsnormung Blatt 12 - 0317) Din A 5 148 x 210 mm, melb.



L-158.42  
unabhängig

S t r a f s a c h e

gegen den früheren Kaufmann, jetzt berufslosen Wilhelm Jsrael  
S i m o n, ohne Wohnung,  
geboren am 31. Juli 1911 in Erfurt,  
zur Zeit in Untersuchungshaft in der Untersuchungshaftanstalt  
Berlin, Lehrterstrasse  
wegen Verbrechens gegen §§ 2 und 5 des Gesetzes zum Schutze  
des Deutschen Volkes und der deutschen Ehre.

Das Sondergericht I bei dem Landgericht Berlin hat am  
5. August 1942 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Rassenschande zu ~~2 - zwei - Jahren~~ und 6 - sechs - Monaten Zuchthaus und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Vorstehende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt.  
Das Urteil ist vollstreckbar.

Berlin, den 12. August 1942.

*Rash* Justizinspektor,

Urkundsbeamer der Geschäftsstelle.

Vorgel. von Herrn Dr. G.  
3. Aufl. von Herrn Dr. G. v. 11. 6. 40.  
L. 15. 8. 41.



**Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht**

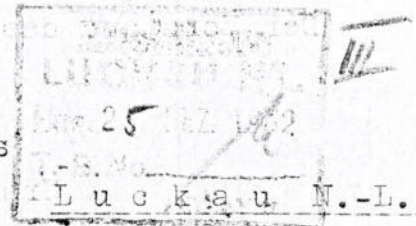
Berlin NW 40, den 19. Dezember 1942  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 67 01

3 P K Ls 26.42

An

Bei Rückschreiben wird um Angabe der  
vorstehenden Geschäftsnummer ersucht

das Zuchthaus



In der Strafsache gegen S i m o n wird an Rück-  
sendung des Strafvollstreckungsersuchens vom 22. August  
1942 betr. den früheren Kaufmann Wilhelm Jsrael Simon,  
geboren am 31. Juli 1911 in Erfurt, mit Rücksicht auf die  
in Kup.K.Ls.45.42 ergangene Gesamtstrafe, erinnert.

Auf Anordnung

*Justizangestellte*  
Justizangestellte



7

Der Vorstand des Zuchthauses.



Luckau N.L., den 29. Dezember 1942.

Urschriftlich zurückgesandt.

Das Vollstreckungsersuchen vom 22. 8. 1942 ist beigelegt.  
Wilhelm Israel S i m o n wurde nach Unterbrechung der  
Strafhaft am 14. 12. 1942 in das Konzentrationslager  
A u s c h w i t z bei Kattowitz übergeführt.

I. A.

*H. A. H. A. H.*

Verwaltungsoberschatz

1) Brief 2. I. 43. Löffner

2) Brief 2. I. 43. Löffner

Bv. 4. I. 43.

L.



Rechtskräftig.

2. W. K. 11. 22. 11. 40  
Justizinspektor

(Sond. I) 4 P KLS 207.40 (501.40)

Recht vom 13. 11. 1940.

38

Haftsache	
22. NOV. 1940	
K. 11. 22. 11. 40	

Im Namen des Deutschen Volkes!

Strafsache gegen den Postfacharbeiter Herbert Hermann

Erich Gebel, geboren am 28. Juli 1881 in Neustadt,

Westpreußen, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Tegel,

Berliner Straße 90, zur Zeit in dieser Sache in Unter-

suchungshaft im Gefängnis Berlin-Plötzensee,

wegen Verbrechens gegen die Verordnung

gegen Volksschädlinge.

Das Sondergericht I bei dem Landgericht Berlin hat, in der

Sitzung vom 11. November 1940, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Boeckmann

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Rebeschke,

Landgerichtsrat Traub

als beisitzende Richter,

Staatsanwalt Köhler

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizangestellter Partke

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verbrechens nach § 4 der

Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939

in Verbindung mit schwerer Urkundenbeschädigung im Amt,

Amtsunterschlagung und Verletzung des Postgeheimnisses

zu einer Zuchthausstrafe von 15-fünfzehn-Jahren verurteilt.



Dem Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte (auf die Dauer von 10-zehn- Jahren aberkannt.

Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.

### G r ü n d e .

Der bisher nicht bestrafte Angeklagte wurde als unehelicher Sohn des Gutsverwalters und Rittmeisters der Reserve Eugen Gebel und dessen Kusine Wanda Gebel in Neustadt/Westpreußen geboren. Auf Veranlassung seines leiblichen Vaters blieb der Angeklagte als Pflegekind von seiner Geburt bis zu seinem 18. Lebensjahr bei seiner Hebamme Bachstein, die bei seiner Geburt zugegen war.

Seine Mutter will der Angeklagte nur einmal gesehen haben.

Vom 6. bis zum 14 Lebensjahr besuchte Gebel die Volksschule in seinem Geburtsort Neustadt/Westpreußen bis zur 1. Klasse. Hier erlernte er auch nach seiner Schulentlassung in einer 3jährigen Lehrzeit das Friseurhandwerk und blieb nach deren Beendigung noch etwa 1/2 Jahr lang als Gehilfe bei seinem Lehrmeister. Nachdem er anschließend noch ungefähr zwei Jahre in Danzig-Langfuhr als Friseurgehilfe gearbeitet hatte, wurde er im Oktober

1901 zum Heeresdienst einberufen. Er diente im 2. Leibhusarenregiment zu Danzig und wurde am 20. Juni 1903

aus nicht mehr feststellbaren Gründen vorzeitig entlassen. Nachdem er weiterhin bis zum April 1905 in Marienburg als Friseurgehilfe tätig gewesen war, machte er sich am

1. Mai 1905 in Neustadt/Westpr. selbständig. Im Jahre 1908 nahm er an einer Reservistenübung der Feldartillerie teil. Sein Friseurgeschäft in Neustadt hatte er bis zu



3910

...sein einm Einziehung zum Kriegsdienst am 2. August 1914 inne.  
Den Weltkrieg machte Gebler an der Ost- und Westfront  
bei dem Fußartillerieregiment Nr. 17 mit; <sup>er</sup> und wurde am  
18. Dezember 1918 als Unteroffizier aus dem Wehrdienst  
entlassen. Im Jahre 1916 erhielt er an der Westfront  
das EK II. Nach dem Weltkriege nahm der Angeklagte bis  
zum Jahre 1925 sein früheres Handwerk in Neustadt wieder  
auf. Als der russisch-polnische Krieg im Jahre 1922  
ausbrach, wollten die Polen den Angeklagten zum Kriegs-  
dienst zwingen. Er lehnte das Anbieten mutig ab und  
optierte für Deutschland. Auf Grund dieser Option wurde  
er mit seiner Familie - er hatte 1905 zum erstenmale  
geheiratet und zwei Kinder im Alter von 19 und 17 Jahren -  
am 25. Juli 1925 von den polnischen Behörden aus Polen  
ausgewiesen. Der Angeklagte hatte für Deutschland optiert,  
obwohl er in Neustadt ein gut gehendes Geschäft besaß  
und genau wußte, daß er in Deutschland jedenfalls kein  
eigenes Geschäft würde eröffnen können. Er mußte dann  
mit seiner Familie von Juli 1925 bis Februar 1926 in  
einem Flüchtlingslagerzubringen. Dann kam er nach Berlin.  
Hier war er acht Jahre lang ununterbrochen arbeits- und  
erwerbslos und bezog während dieser Zeit Erwerbslosen-  
unterstützung. Vom Jahre 1933 bis zu seiner Einstellung  
bei der deutschen Reichspost fand er als Gelegenheits-  
arbeiter und Friseurhelfer Beschäftigung. Nachdem die  
Frau des Angeklagten im September 1929 gestorben war,  
heiratete der Angeklagte im November 1930 zum zweitenmal.  
Aus dieser Ehe sind keine Kinder hervorgegangen. Der Ange-  
klagte bewohnt in Berlin-Tegel eine Kochstube, für die



... hat keine Miete zu zahlen hat, da seine Frau die Haus-  
reinigung besorgt. Der Angeklagte stellte sich bald nach  
der Machtübernahme der NSV zur Verfügung und ist jetzt  
bereits sechs Jahre lang in diesem Verbands als Block-  
leiter tätig.

Am 21. April 1938 wurde der Angeklagte durch Ver-  
mittlung einer Flurnachbarin beim Postzeitungsamt in  
Berlin W 9, Dessauer Straße als Postfacharbeiter ein-  
gestellt und am selben Tage durch Handschlag auf den  
Führer verpflichtet. Im Herbst 1938 wurde er zum Postamt  
Berlin-Tegel, kurze Zeit darauf zum Postamt Siemensstadt,  
dann im Dezember 1938 zum Paketpostamt und endlich am  
23. Januar 1939 zum Postamt Berlin-Waidmannslust versetzt.  
Dort wurde er nach vorübergehender Beschäftigung im  
Innendienst vom Mai 1939 ab als Briefzusteller bis zu  
seiner Festnahme beschäftigt. Er verdiente hier wöchent-  
lich durchschnittlich 34 RM netto und hatte davon nur  
sich und seine Frau zu unterhalten, da die Kinder ver-  
sorgt sind. Außerdem hatte er freie Wohnung. Er befand  
sich also in erträglicher Wirtschaftslage.

Dem Angeklagten sind während seiner Dienstzeit  
wiederholt persönlich und bei Betriebsappellen die  
Warnverfügungen des Reichspostministers bekanntgegeben  
worden, in denen darauf hingewiesen wird, daß das Gesetz  
von Feldpostsendungen  
für die Beraubung/hohes Zuchthausstrafen und die Todesstra-  
fe vorsieht.

Der Angeklagte ist im November 1939 zum zweiten  
Mal wegen eines Verstoßes gegen die Vorschriften über die  
Beförderung von Briefen in die Strafkolonie in Berlin-  
Tegel eingewiesen worden.



40 12

Anfang März 1940 faßte der Angeklagte den Entschluß, wöchentlich regelmäßig etwa 3 Feldpostpäckchen an sich zu nehmen, ihres Inhaltes zu berauben und die Umhüllungen beiseitezuschaffen. Sein Vorsatz ging weiter dahin, sich etwa die gleiche Anzahl Briefe zuzueignen. Er hoffte, in diesen Briefen Geld zu finden. Mit den Mitteln, die er auf diese Weise zu erwerben gedachte, wollte der Angeklagte seiner Wettleidenschaft in verstärktem Maße frönen und die ~~Unterstützung~~ <sup>Hoffen</sup> eines häufigen Verkehrs mit Straßendirnen bestreiten. Seinen Tatentschluß führte er auch alsbald aus. Er eignete sich demgemäß in der Zeit von Anfang März 1940 bis zu seiner Festnahme am 10. Oktober 1940 wöchentlich wenigstens 3 Feldpostpäckchen und 3 Briefe an, die er für Geldbriefe hielt. Er tat dies regelmäßig jeweils morgens vor seinem Bestellgang. Unterbrochen wurde dieses Treiben nur in der Zeit vom 18. März bis 25. Mai 1940 und vom 15. ~~Juni~~ bis 20. Juni 1940. Der Angeklagte war nämlich in der Zeit vom 18.3. bis 25.5.1940 wegen eines Magen- und Darmleidens beurlaubt und hatte vom 15. bis 20. 6. 1940 seinen Sommerurlaub. In den verbleibenden 20 Wochen nahm der Angeklagte insgesamt wenigstens 60 Feldpostpäckchen und 60 Briefe an sich. Um den Tatverdacht nach Möglichkeit von sich abzulenken, vergriff er sich meist an den Feldpostpäckchen und Briefen, die anderen Zustellern zugeteilt waren. Ihm war bekannt, daß eine Nachprüfung der Unterschlagung von Feldpostpäckchen wegen des oft weiten und umständlichen Weges,



den diese Päckchen zu gehen pflegen, praktisch nicht durchführbar ist. Er wußte auch, daß gerade Feldpostpäckchen begehrte Waren enthalten, deren Absatz in Kriegzeiten wegen der Warenknappheit besonders erleichtert ist.

Den von ihm unterschlagenen Briefen will er zusammen nur 6 - 7 RM entnommen haben. Aus den Feldpostpäckchen raubte er Damenstrümpfe, Seidenwäsche, Seife sowie Lebensmittel verschiedener Art wie Kaffee, Kakao, Schokolade, Ölsardinen und Butter. Einen Teil seiner Beute veräußerte der Angeklagte in Lokalen des Berliner Norden. Von dem Erlöse bestritt er die Kosten, die ihm seine Wettleidenschaft verursachte. Er will wöchentlich etwa zweimal kleinere Summen von 1 - 2 RM verwettet haben. Auch bezahlt der Angeklagte von dem aus dem Verkauf der unterschlagenen Sachen erzielten Erlös einen Teil der zahlreichen Dirnen, mit denen er Umgang hatte. Einigen Straßenmädchen gab er statt des Bargeldes als Lohn Strümpfe oder Seidenwäsche, die er aus Feldpostpäckchen geraubt hatte.

Im August 1940. ging er ein Liebesverhältnis mit der Zeugin Blumenthal ein, der er die Ehe versprach, obgleich er von seiner Ehefrau nicht einmal getrennt lebte.

Dieser Zeugin schenkte der Angeklagte aus dem Inhalt unterschlagener Feldpostpäckchen 3 verschiedenfarbige Damenschürzen, einen rosafarbenen Unterrock, eine blaue Trikotbluse, 2 verschiedenfarbige Halstücher, 3 Paar verschiedenfarbige Damenstrümpfe, 2 Stückchen Seife ausländischer Herkunft, eine Schachtel Ölsardinen, 1 Päckchen Kakao im Gewicht von etwa 1/2 Pfund sowie 1/4 Pfund Butter und etwa 1/8 Pfund Kaffeebohnen.



47.14

Die mit der Anschrift des Empfängers und mit dem Poststempel versehenen Umhüllungen der beraubten Feldpostpäckchen sowie die unterschlagenen gleichfalls adressierten und gestempelten Briefe zerriß und verbrannte der Angeklagte.

Die Postverwaltung hatte gegen den Angeklagten bereits seit längerer Zeit einen erheblichen Verdacht, ohne den Angeklagten jedoch zunächst überführen zu können. Dann beschloß sie aber, den Angeklagten dadurch auf die Probe zu stellen, daß sie in das Fach des Angeklagten ein ihm nicht zugeteiltes Feldpostpäckchen legen ließ. Der Angeklagte nahm das Päckchen auch sofort an sich und versteckte es im Abort des Postamtes hinter einem Eimer. Dort wurde das Päckchen dann gefunden. Bei einer körperlichen Durchsuchung fand man in den Taschen des Angeklagten noch Reste zerstörter Paketumhüllungen und Briefe.

Dieser Sachverhalt beruht auf dem glaubhaften Geständnis des Angeklagten und auf den eidlichen Aussagen der Zeugen Kupischke, Zellmer und Blumenthal.

Der Angeklagte will sich nicht mehr daran erinnern können, wieviel Briefe er an sich genommen und vernichtet hat. Er ist aber auch insoweit durch die glaubhafte Bekundung des Zeugen Kupischke einwandfrei überführt. Dieser Zeuge hat versichert, daß der Angeklagte aus freien Stücken, ohne gedrängt worden zu sein, schließlich eingeräumt habe, insgesamt etwa 60 Briefe beiseitegeschafft



zu haben. Der Angeklagte behauptet, er sei im Weltkrieg von schweren Holzteilen zu Boden geschlagen worden, die durch einen Granateinschlag zur Seite geschleudert worden seien und ihn getroffen hätten. Er habe mehrere Stunden bewußtlos gelegen und empfinde seit dieser Zeit häufig starke Kopfschmerzen; auch sei er während der Kopfschmerzen ganz benommen. Das Gericht hat dem Angeklagten diese Behauptung nicht geglaubt; denn abgesehen davon, daß der Militärpaß des Angeklagten eine Eintragung über diese angebliche Verletzung nicht aufweist, hat der Angeklagte auch anderen Personen, insbesondere aber den mit der Ermittlung betrauten Beamten der Reichspost und der Kriminalpolizei/von nichts einer solchen Verletzung erzählt. Der Angeklagte hat auch auf das Gericht keineswegs den Eindruck eines geistig erheblich minderwertigen Menschen gemacht. Er hat vielmehr nach der Überzeugung des Gerichts zur Zeit der Tat /genau gewußt, was er tat und unterließ, wenn auch nicht zu verkennen war, daß der Angeklagte nur mit schwachen Verstandeskraften begabt ist.

Der Angeklagte hat sich durch die geschilderten Taten eines Verbrechens nach § 4 der Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939 in Verbindung mit dem fortgesetzten Verbrechen der schweren Urkundenbeschädigung im Amt (§§ 348 Absatz 2, 349 StGB) in Tateinheit mit fortgesetzter Amtsunterschlagung (§ 350 StGB) und Verletzung des Postgeheimnisses (§ 354 StGB) schuldig gemacht. Das Verbrechen der schweren Urkundenbe-



4216

Verletzung der Amtshaftung im Amt hat der Angeklagte begangen, weil er in der Absicht, sich in Gestalt des Inhaltes der Päckchen und Briefe Vermögensvorteile zu verschaffen, als Beamter Urkunden, nämlich die mit Anschrift und Poststempel versehenen Feldpostpäckchen und Briefe, die ihm amtlich teils anvertraut teils zugänglich waren, vorsätzlich teils vernichtet teils beschädigt hat. Die Beamteneigenschaft im Sinne des § 359 StGB hat der Angeklagte besessen, da er, wie ihm durch Belehrung genau bekannt war, als Briefzusteller auch obrigkeitliche Befugnisse wahrzunehmen und daher insoweit auch öffentlich-rechtliche Funktionen auszuüben hatte. Der Angeklagte hat gegen die Bestimmungen der §§ 348 Absatz 2, 349 StGB zwar in wenigstens 120 Fällen verstoßen; diese Einzelhandlungen sind jedoch als eine fortgesetzte Tat zu werten, da der Angeklagte von vornherein aus einem Gesamtentschluß heraus gehandelt und weil er die Einzeltaten stets auf gleiche Art und Weise verübt hat. Tateinheitlich mit diesem Verbrechen der schweren Urkundenbeschädigung im Amt hat der Angeklagte auch eine fortgesetzte Amtsunterschlagung (§ 350 StGB) begangen; denn es bedarf keiner näheren Darlegung, daß der Angeklagte durch die Aneignung der Päckchen und Briefe auch fortgesetzt Sachen, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen und in Gewahrsam hatte, unterschlagen hat. Schließlich stellt sich die Tat des Angeklagten auch als eine fortgesetzte Verletzung des Postgeheimnisses (§ 354 StGB) dar, da der Angeklagte als Postbeamter die der Post anvertrauten Briefe und Pakete in anderen als den im Gesetz vorgesehenen Fällen eröffnet



17

und unterdrückt hat. Die damit näher gekennzeichneten Straftaten im Amt hat der Angeklagte vorsätzlich unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse begangen (§ 4 der Verordnung gegen Volksschädlinge); denn die Unterschlagung von Feldpostpäckchen ist, wie der Angeklagte genau gewußt hat, dadurch sehr erleichtert, daß eine Nachprüfung des Weges, den diese Päckchen gegangen sind, und eine Feststellung desjenigen, der die Unterschlagung begangen hat, praktisch fast undurchführbar ist. Diese Unmöglichkeit einer Nachprüfung ist auf die kriegsbedingte Organisation des Feldpostwesens zurückzuführen. Das hat der Angeklagte genau gewußt und vorsätzlich ausgenutzt. Keiner näheren Darlegung bedarf die Feststellung, daß die Tat des Angeklagten sich als besonders verwerflich darstellt, da die Unterschlagung von Feldpostpäckchen die Verbindung zwischen Front und Heimat unterbricht und so den Kampfeswillen der Truppe, der für den Sieg von entscheidender Bedeutung ist, zu schwächen geeignet ist. Wegen dieser besonderen Verwerflichkeit der Tat erfordert das gesunde Volksempfinden eine Überschreitung des für die Tat des Angeklagten im Strafgesetzbuch gezogenen regelmäßigen Strafrahmens. Der Angeklagte ist ferner nach seiner Gesamtpersönlichkeit, wie sie sich nach seinem Vorleben und der hier zu Aburteilung gekommenen Straftat darstellt, als ein Volksschädling anzusehen. Für seine Tat ist der Angeklagte strafrechtlich voll verantwortlich zu machen. Seine Einsichtsfähigkeit



18  
43

*mit seiner Fähigkeit, sich auf die Gefahr zu besinnen*  
~~zur Zeit der Tat~~ (§ 51 StGB) *war* keineswegs auch nur

erheblich vermindert. Zur Einsicht des Unerlaubten seiner Tat genügen auch die verhältnismäßig schwachen Verstandeskkräfte, über die der Angeklagte verfügt. Bei der Strafzumessung war strafscharfend zu berücksichtigen, daß der Angeklagte sich durch die große Zahl der Einzeltaten als ein besonders hartnäckiger Volksschädling gezeigt und daß er die Tat begangen hat, ohne sich in einer Notlage befunden zu haben. Gegen den Angeklagten spricht nicht zuletzt auch die Verwerflichkeit der Motive, aus denen heraus er den Tatentschluß gefaßt hat. Er hat sich nicht gescheut, Feldpostpäckchen zu berauben, um seiner Wettleidenschaft frönen und den Umgang mit Straßen- dirnen bezahlen zu können. Demgegenüber sprechen aber auch zahlreiche Umstände zugunsten des an der Schwelle des Greisenalters stehenden Angeklagten. Ihm mußte einmal zugute gehalten werden, daß er trotz der oft großen Versuchung 60 Jahre lang sich straffrei geführt hat, und nur über geringe Verstandeskkräfte verfügt. Besonders spricht aber für den Angeklagten die Tatsache, daß er den ganzen Weltkrieg als Frontkämpfer in vorderster Linie mitgemacht und für Tapferkeit vor dem Feinde bereits im Jahre 1916 mit dem EK II ausgezeichnet worden ist. Der Zeitpunkt, in dem diese Auszeichnung dem Angeklagten verliehen wurde, beweist die soldatische Tüchtigkeit des Angeklagten; denn im Jahre 1916 wurde auch das Eiserne Kreuz II. Klasse nur in Fällen besonderer Tapferkeit verliehen. Die Beförderung zum Unter-



offizier zeigt, daß der Angeklagte auch sonst Gutes  
im Kriege geleistet hat. Nach dem Weltkrieg hat er durch  
sein mannhaftes Bekenntnis zum Deutschtum sein gutgehendes  
Geschäft aufs Spiel gesetzt und sich und seine Familie  
in größte Not gebracht. Nachdem er zunächst fast neun  
Monate mit seiner Familie in einem Flüchtlingslager  
hat zubringen müssen, ist er dann einer acht Jahre  
währenden Erwerbslosigkeit entgegengegangen, die er nicht  
hätte ~~nicht~~ durchzumachen brauchen, wenn er sich zum  
Polentum bekannt hätte. Nicht zuletzt spricht für den  
Angeklagten auch seine 6jährige Tätigkeit als ehren-  
amtlicher Blockleiter der NSV. Er hat einen Teil seiner  
freien Zeit im Dienste dieser Organisation geopfert und  
den Versuchungen, die hier an ihn herantreten sind,  
widerstanden, obwohl oft namhafte Summen durch seine  
Hände gegangen sind. Bei Abwägung aller dieser Gesichts-  
punkte konnte die Tat des Angeklagten nicht als todes-  
würdig angesehen werden. Vielmehr war eine Zuchthausstrafe  
von 15 Jahren als angelegene Sühne zu betrachten. Eine  
Anrechnung der Untersuchungshaft (§ 60 StGB) war mit  
Rücksicht auf die Schwere der Tat abzulehnen. Da der  
Angeklagte höchst ehrlos gehandelt hat, waren ihm die  
bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren  
abzuerkennen (§ 32 StGB).

Die Kostenentscheidung folgt aus § 465 StPO.

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*  
21.11.40.

gki



2. Dez. 1940

20  
Haftsache !

S t r a f s a c h e

gegen

den Postfacharbeiter Herbert Hermann Erich G e b e l ,  
geboren am 28. Juli 1881 in Neustadt, Westpreussen, zuletzt  
wohnhalt gewesen in Berlin-Tegel, Berliner Strasse 90, zur  
Zeit in dieser Sache in Untersuchungshaft im Gefängnis  
Berlin-Plötzensee,  
wegen Verbrechens gegen die Verordnung gegen Volksschädlinge.

-----  
Das Sondergericht bei dem Landgericht Berlin hat  
am 11. November 1940 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verbrechens nach § 4 der  
Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939  
in Verbindung mit schwerer Urkundenbeschädigung im  
Amt, Amtsunterschlagung und Verletzung des Postgeheim-  
nisses zu einer Zuchthausstrafe von 15. Jahren  
verurteilt.

Dem Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte  
auf die Dauer von 10 -zehn- Jahren aberkannt..

Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten  
zur Last.

Vorstehende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt.

Das Urteil ist vollstreckbar.

Berlin, den 27. November 1940.

*Roßner* Justizinspektor  
Urundsbeamter der Geschäftsstelle.



Dg.



Zuchthaus  
Gefängnis

Gefängnis Plötzensee  
in Berlin

den 22

12

1934

Altenszeichen:

4 P. R. L. 207/40

Bewahrliste Nr.

1891/40



Dem Vorpfleger Herrn  
Herrn Gehel

ist heute mittag Uhr Min.

zufolge Verfügung de

vom

193

in das

Ge-

fängnis — Zuchthaus — zu

Lützen

übergeführt worden.

J. G.

Stenograph

Verwaltungsschreiber

A.  
Am 1. II. 41.

S. 17. I. 41.

L.

An

in Amtsgericht — Staatsanwaltschaft

in

Plötzensee

Anzeige über erfolgte Überführung eines Gefangenen in eine andere Anstalt.



Asanftalt - Zuchthaus - Straf-  
erfuchungs- - Gerichtsgefängnis

*Gebel*  
(Zuname)  
geb. am *28. 7. 1881* in *Neustadt*  
Religion: *kath.* Beruf: *Lehrer* Wohnort: *Neustadt* letzter Aufenthaltort:  
(mit Straße u. Haus-Nr.) *Am Tegel, Berlin*  
Ehefrau: *Julia geb. ...* Wohnung: *...* Kinder: *2*  
Verwandte: *M. tot. M. ... geb. Gebel tot.*  
(Eltern, Vormund)  
Größe: *165* Bart: *...* Augen: *grün* Rinn: *oval*  
Gesicht: *oval* Nase: *groß* Mund: *mittel* Zähne: *l. fest*  
Stirn: *frei* Ohren: *mittel* Sprache: *deutsch* Bes. Kennzeichen: *...*  
Vorstrafen: *...* Geldstrafe, *...* Haft, *...* Gefängnis, *...* Zuchthaus *P.-N. VI.*  
Nr. der Unterbringung in der Anstalt: *489/40* Tatgenossen: *...*



Gfd. Nr.	Straf- vollstreckungs- behörde, Aktenzeichen und Datum des Erlasses	Tag des Urteils	Genauere Bezeichnung der Straftaten	Strafdauer				a) Art der Haft b) Nebenstrafen	Berechn. der Strafhast					
				Jahre	Monate	Wochen	Tage		Beginn			Ende		
1	<i>H. L. ... 4 P. N. Ls 207/40</i>	<i>11. 11. 40</i>	<i>Verbrechen ...</i>	<i>15</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>a) 2 b) 13 40</i>	<i>11. 11. 40</i>	<i>11. 11. 55</i>	<i>13 40</i>			
			<i>...</i>					<i>a) b)</i>						
			<i>Am 15. XI. 1955</i>					<i>b) 17. 41</i>						
								<i>a) b)</i>						
								<i>a) b)</i>						

III  
Einlieferungsanzeige  
Strafantrittsanzeige  
zu *4 P. N. Ls 207/40*  
an  
*St. Berlin*  
US:  
Vollzei  
Verwaltungssinspektor *...*



Der Vorstand des Zuchthauses  
in Endau N. L.

23  
Endau N. L., den 30. Oktober 1942

Geheim

Eilt sehr!

58

An  
den Herrn <sup>General</sup> Oberstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

in Berlin N. L.

Betrifft: Anordnung des Reichsministers der Justiz  
vom 12. Oktober 1942 — XV g<sup>30</sup> 1 g —.

1 Anlage

Auf Anweisung des Herrn Reichsministers der Justiz vom 12. Oktober 1942 — XV g<sup>30</sup> 1 g —  
bitte ich, mir die Strafakten (bei mehreren Bänden nur den Urteilsband) des hier seine Strafe  
verbüßenden Günther Gebel (Aktenzeichen der Staatsanwalt-  
schaft: 4. J. N. L. 207/40) umgehend zu übersenden. Entsprechend dem vorbezeichneten Erlaß  
muß den Strafakten das beiliegende Auskunftsbblatt ausgefüllt beigelegt werden.

*Min. Jansen*



11/50 24

V.

1.) Aufzuges der Vorrede „Auskunft der Strafvollstreckungsbehörde“ ist wie folgt auszufüllen:

a.) unter der Zeile „Kurz Schilderung der Tat“ u. s. w. :

Der Verurteilte hat als Briefsteller der Reichspost im Zeitraum von etwa 20 Wochen mindestens 60 Feldpostzettelchen und 60 Briefe unterschlagen, sich ihren Inhalt angeeignet und den Rest vernichtet. Den Inhalt hat er zum größten Teil verkauft, einige Sachen an eine Geliebte und an Straßennädchen verschenkt.

Tatzeit: Anfang März 1940 bis 10. Oktober 1940 mit Unterbrechungen durch Krankheit und Urlaub.

Beweggrund: Beschaffung von Geld zur Befriedigung seiner Neugierde und zur Bestreitung der Kosten seines häufigen Umganges mit Straßennädchen.

Angewandter Straßensatz: § 4 Vollenhändling VO im VbG mit §§ 348 II, 349, 350, 354, 359 RStGB.

b.) unter der Zeile „Kurz Schilderung des Vorlebens“ u. s. v. :

Keine Vorstrafen.

Unehelicher Sohn eines Gutverwalters, als Pflegekind bei seiner Halbaunte aufgewachsen, nach Besuch der Volksschule Friseurhandwerk gelernt, Friseurgehilfe, von 1905 bis Kriegsanfang 1914 Inhaber eines Friseurgeschäfts in Neustadt / Westpreußen.

1904 bis 1903 Militärdienst, 1914 bis Ende 1918 Soldat, erhielt 1916 an der Westfront das EK II, wurde als Unteroffizier entlassen.

1919 bis 1925 wieder Friseur in Neustadt, das zu Polen kam. Optierte für Deutschland, wurde von den Polen ausgewiesen. Er darauf bis 1933 in Deutschland erwerbslos, z. T. in Flüchtlingslagern. 1933 - 1938 Gelegenheitsarbeiter und Friseurhelfer. ~~6 Jahre lang Blockwaller der H.S.V.~~ Seit April 1938 Postfacharbeiter. 6 Jahre lang Blockwaller der H.S.V.

Aus erster Ehe zwei Kinder von 24 und 49 Jahren. Zweite Ehe kinderlos.

2.) Herrn Abt. Vorr. II mit der Bitte um Gg.

7/10/40

3.) Herrn Chef mit der Bitte um Zeichnung.

4.) Sodann Reinschrift der Auskunft fertigen.

5.) Sodann

Alten



Mitunter Beifügung des Auskunftsblattes und des Erreichens vom  
30. 10. 42  
an den Herrn Vorstand des Zuckerhauses  
im Lückau M. L.

auf das Erreichen vom 30. 10. 42 übernehmend.

- ✓ 6.) Nachricht von der Abrechnung an Kpt. Geschäftsstelle E.
- 7.) 3 Monate.

M. 17.  
11. 42.  
h.

zu 1) gef. 10/11. 42  
Heffern

zu 5) Aktur mit Aufz.  
Münsterblatt und Prot.  
n. 30. 10. 42 abgehandelt.  
zu 6) 1 Aufgriff abh.  
19/11. 42 Bo



26

60  
18

Der Vorstand  
des Zuchthauses in Ludau

Ludau (N.-L.), den  
Klosterstr. 1 / Fernruf 264

19. Feb. 1943

Gesch.-Nr. 489/40  
Bei Rückfragen bitte angeben

An  
die Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht



*Berlin*

Die in der Strafkammer gegen  
nach hier gesandten Akten

*Gurbsch Gebel*

4. P. W. Ko. 207/40.

Vfy  
Rückseite.

werden anliegend nach gemachtem Gebrauch zurückgesandt.

Im Auftrage

*Albrecht*

Verwaltungsabfertigung

*Kommunikationsabf.*

*722/2*

~~1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40.~~  
*2. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40.*  
*13. 4. 11. 43.*  
*23. 2. 43.*



Finanzabl. Bl. 57<sup>r</sup>

am Markt.

24. Feb 1943

V.

1) Bl. 58 bis 60 sind in den Bandakten  
zu nehmen.

2) Frit Bl. 57<sup>r</sup> läuft.

4. 43.  
3. 9.



**Zuchthaus**

**Ende n. S.**

den 1. November 1943

Gfgeb. Nr:

489. 40

(bei allen Schreiben anzugeben)

Secrur

Hausanschluß:

An

an Baukammerallfakt

in

Berlin N. 10. 40.



Zum Aufnahmeersuchen vom

10. 12.

1944

Geschäftszeichen:

4.P.H.Ls. 207/44

Der - Die

Spross Gebel

ist am

1. November

1940

gemäß Verordnung des R. G. M. von  
Rechenwald & Weimar

von - in

das Konzentrationslager

- verlegt - verbracht - ausgeantwortet - hierher

zurückgeführt worden - (Mn. 115 Abs. 4, 145 Abs. 3 VollzO.).

Name:

B. A.  
Marcus

Verwaltungs - inspektors - Sekretär



Luckau N.L.